

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postbüros, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Dienstjahresspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3. — für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1.70 für Österreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Postvereins (Kontingenz)

Insertat
Die dreispaltige Zeitspille
20 Str. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Vorkaufungen
franko gegen franko.
Geldliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Nr. 30.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenem „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerlicher Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man die Briefe nicht briefl., sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingeschrieben.

22. Juli 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Christlich-Soziales.

Wir sollten eigentlich schreiben: „Katholisch-Soziales“, denn es liegt nicht in unserer Absicht, uns mit jenem schwindstüchtigen Wechselbalg zu beschäftigen, der, ein Produkt der Verbindung des stupiden protestantischen Orthodoxismus mit dem noch stupideren Krantjunkerthum, nach mißglücktem Versuch, seine totale Impotenz durch marxistischeres Gebahren zu verdecken, schon längst unrettbar dahinsiecht. Wir wollen vielmehr jener Bewegung einige Betrachtungen widmen, die ebenfalls „Christlich-Sozial“ genannt wird, hinter der aber der katholische Alerus steht, und der ihre Macher wenigstens den Schein größerer Lebensfähigkeit zu geben wissen.

Diese katholisch-soziale Bewegung wird seit der famosen Enzyklika Leo's XIII wieder stark zu puffieren gesucht. Es werden katholische Arbeitervereine gegründet, und wenn man den Angaben der katholischen Presse glauben schenken darf, so zählen einige dieser Vereine bereits über tausend Mitglieder. Der ausgesprochene Zweck dieser Vereine ist, die katholischen Vereine vor dem Gift der christlich-sozialdemokratischen Verführung zu bewahren.

Wir haben vor uns das zwölfte Heft des 19. Jahrgangs der in Neuchâtel erscheinenden „Christlich-Sozialen Blätter.“ In den Zeiten des Kulturkampfes wurden diese Blätter mit vielem Geschick von dem vor einigen Jahren verstorbenen Koplan Vongary redigiert. Seit seinem Tode ist mit dem Wechsel in der Person des Redakteurs auch ein Wechsel in der Haltung der Zeitschrift eingetreten. Der unabhängige und daher auch vielfach unbefangene Ton des Vongary hat einer ängstlich-tendenziösen Schreibweise Platz gemacht, überall wird das konfessionelle Moment in den Vordergrund gestellt, und auf dem Gebiet der eigentlich sozialen Frage Alles vermieden, was wie ein Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung auszuwirken könnte.

Die Verdammung des Sozialismus durch Leo XIII hat, wie man sieht, ihre Wirkung nicht verfehlt.

Indes, die veränderte Haltung der „Christlich-Sozialen Blätter“ ist selbst wiederum nur der Ausdruck dessen, was in der christlich-sozialen Bewegung überhaupt vorgeht. Antisozialdemokratisch war dieselbe immer, aber sie war es im Interesse des Katholizismus, der im Sozialismus seinen natürlichen Gegner erblickt. Jetzt aber ist sie auch antisozialdemokratisch im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft. Nicht nur die heilige katholische Kirche, sondern auch die heilige kapitalistische Ausbeutergesellschaft soll durch sie vor dem Antichrist gerettet werden.

Wie Stöcker nach kurzem Geopolter sich als ein in's protestantisch-Orthodoxe überleserter Max Stirn ausnahm, so erweisen sich seine katholisch-gelehrten Kollegen (oder auch Rivalen, wie man's nimmt) jetzt als auch nichts Anderes denn simple Harmoniebrüder.

Weit entfernt, diese Entwicklung zu bedauern, freuen wir uns ihrer vielmehr, genau so wie wir das Ende des preussischen Kulturkampfes begrüßten.

Es ist richtig, als Staat und Kirche sich so recht heftig in den Haaren lagen, fiel für unsere Partei so mancher Vortheil ab, wir kamen außer Schußlinie und konnten uns ziemlich ungehindert entwickeln. Aber doch war die Situation eine ungesunde, insofern sich viele als Freiheitshelden geben konnten, die thatsächlich die ärgsten Feinde jeder Freiheit sind. Wenn sie sich jetzt mit dem Staat gegen uns verbünden, so macht uns das den Kampf zwar schwerer, aber dafür wissen wir, wissen die Arbeiter, woran sie sich zu halten, wessen sie sich von dieser Seite zu gewärtigen haben.

Natürlich muß man das Verbünden nicht wörtlich nehmen. Es ist kein formelles Bündniß — man spielt immer noch den „Unabhängigen“, wie das gegenüber der „protestantischen Spitze“ gar nicht anders sein kann —, sondern nur ein bewußtes Hand-in-Hand-arbeiten. Aber unsere Arbeiter sind heute doch zu gewist, um da nicht bald zu merken, was die Blocke geschlagen.

Einmal von der Arbeiterschaft durchschaut, hört die Bewegung auf, irgend welche Gefahr für die Sozialdemokratie zu sein. Und zählen die Mitglieder ihrer Vereine nach Zehntausenden, so würde uns das wenig oder gar nicht erregen: denn im gegebenen Moment werden diese Zehntausende ein ebenso großes Kontingent zur Armee des kämpfenden Proletariats stellen, als im Verhältnis die Rekruten, welche Dr. Max Stirn für uns heranzuzerpuzieren die Güte hat.

Das festgesetzt — und die Herren dürfen überzeugt sein, daß wir keine leeren Behauptungen aufstellen, sondern uns auf erwiesene Thatsachen stützen —, können wir ohne Leidenschaftlichkeit aus dem erwähnten Heft der „Christlich-Sozialen Blätter“ Einiges zu Ruh und Frommen unserer Leser mittheilen.

Da ist zunächst ein sehr lehrreicher Artikel: „Sollen unsere Arbeitervereine katholisch-soziale oder christlich-soziale Vereine sein?“ Verräth insbesondere wegen der Offenherzigkeit, mit der der Verfasser, der sich P.(ater?) D. zeichnet, darin ausplaudert, wie wenig die frommen Herren ihrer Gläubigen sicher sind.

„Unsere Arbeitervereine“, ruft er aus, „müssen, wenn möglich, rein katholisch sein und dürfen keine Andersgläubigen als Mitglieder annehmen.“ Warum nicht? Antwort: „Um dem Gedanken, alle Religionen sind gleich gut“, keinen Vorschub zu leisten.“ Ferner, „um der Zunahme der gemischten Ehen entgegenzuwirken und um dem Familienherde den konfessionellen Charakter zu wahren.“ „Das ist auch der Hauptgrund, weshalb wir den christlich-sozialen Vereinen entgegenarbeiten müssen, wo sich rein katholische Vereine gründen lassen.“ (O christliche Liebe!) Aber „es ist ohnehin geboten, in den Vereinen Alles, was an das Religiöse nur streift, mit der äußersten Vorsicht zu behandeln und die religiösen Wahrheiten stark verzuückert und hübsch fein umwickelt fast unbemerkt verschlucken zu machen, damit die Arbeiter nicht unter dem Vorwande: Da wird uns etwas vorgepredigt, dem Vereine den Rücken wenden.“ (Seite 355—56).

Dies Geständniß ist reizend, es spricht ganze Bände. Ebenso deutlich wie hier das religiöse Programm, wird in einem folgenden Artikel: „Ueber die soziale Bedeutung des Proletariats“ das soziale entwickelt. Wir haben im vorliegenden Heft nur den vierten Abschnitt einer ganzen Abhandlung, welche diese Ueberschrift trägt, vor uns, aber dieser eine sagt genug.

Es heißt da am Schlusse:
„Unser Proletariat zu erziehen, anstatt rohe und genußsüchtige Naturen, welche für wenig Arbeit viel Bier und Brantwein nebst geschlammtem Fleisch (Entzücklich!) und anderen Delikatessen (Schauderhaft!) verlangen, entsagende, pflichtgetreue fleißige Menschen daraus zu machen, die in Geduld das harte Kreuz ihrer schweren Arbeit und geringen Nahrung schleppen, das versteht, das vermag nur die katholische Kirche, welche, geküßt auf die epigae Wahrheit, die Schätze des ewigen Lebens austheilt; und für die von ihr angebotenen Vergesst ihre Degeneration von Seiten des Herrn der Ewigkeit klar und ländig nachweist. (Da habt Ihr's!)“

Nichts ist erfahrungsgemäß gefährlicher, als einen knurrenden Löwen durch Streicheln und Lederbissen zu beruhigen. In demselben Augenblicke, wo ihr den letzten Lederbissen, den ihr bestiet, ihm preisgegeben, springt er auf und zerreiht Euch. Rein, man soll allerdings dem Proletariat seine Lage, soviel es die gesunde Vernunft als möglich erkennen läßt, verbessern und erleichtern, ihm aber von Anfang an nicht verbergen, daß die materielle Hilfe, welche durch Arbeitslohn und Unfallversicherung u. s. w. bestraft werden kann, nur eine sehr beschränkte ist, daß es durch die Natur der Dinge, oder, was dasselbe, nur besser und wahrer ausdrückt, durch den Willen Gottes (!) auf die Armut, die Entzückung, die harte Arbeit angewiesen bleibt, daß dagegen das zeitliche arme Leben den reichen Ueberfluß der ewigen Güter zur Folge hat, wenn jenes im rechten Geist getragen wird.“

Das heißen wir einmal offen reden.
Und der Mann, der das geschrieben, ist keineswegs ein enfant terrible, sondern er weiß, was er will. Er könnte Windthorst heißen. Hat doch die kleine Erzelenz neulich in Dortmund vor den katholischen Arbeitern ganz dasselbe ausgeführt, „nur mit ein wenig anderen Worten“, wie es sich halt vor Arbeitern schickt.

Die Tendenz des Artikels läuft auf Zurückberufung der Klöster hinaus. Der Verfasser richtet sich vorzugsweise an die Fabrikantenwelt. „Die Ständigkeit des Arbeitsverhältnisses“, sagt er anderer Stelle, „bleibt der Ausgangspunkt für eine zweckmäßigere Organisation des Proletariats.“ Darum sollte womöglich „die Freizügigkeit beschränkt“ werden, die „wie ein Alp auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse drückt.“ Aber da das nicht geht, muß man durch andere Mittel die Arbeiter festhaft zu machen und sie auch in ihrem Privatleben persönlich zu beaufsichtigen suchen. Als Beispiel wird der Seidenindustrielle Mey in Freiburg genannt, der seinen Arbeiterinnen ein Logirhaus gebaut, wo die Mädchen unter Leitung einer zuverlässigen Hauswirthin wohnten. „Wem käme“, heißt es dann, „wenn er dieses sieht und die großen Erfolge der Mey'schen Seidenindustrie kennt, nicht sofort der Gedanke: Viel besser als eine zuverlässige Hauswirthin würden sich Kloster-schwester für die Direction eines solchen Logirhauses eignen?“

Und um gar keinen Zweifel über den hohen Werth der Kloster-schwester aufkommen zu lassen, wird ein Bericht der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ über die „Fabrikklöster“ in Frankreich, — d. h. Fabriken, wo die Arbeiterinnen vollständig unter der Aufsicht von Nonnen stehen, deren Unterhaltskosten ebenso wie die Kosten des obligatorischen Kultusdienstes ihnen vom Lohn abgezogen werden (!) — zitiert, und der nachstehende Satz gesperrt hervorgehoben: „Eine solche Disziplin der Fabrikarbeiterinnen soll in geschäftlicher Beziehung beträchtliche Vortheile gewähren, woraus die betreffenden Fabrikherren eine überlegene Konkurrenzfähigkeit schöpfen.“

Dazu bemerkt der Verfasser: „Für ein liberales Blatt wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ liegt in diesem objektiven Bericht eine glänzende Anerkennung der klösterlichen Thätigkeit ausgesprochen.“ (S. 371.)
In der That, eine „glänzende Anerkennung“!
Diese Fabrikklöster sind nämlich die reinen Zuchtthürer,

ja fast noch schlimmer als solche. Die Arbeiterinnen befinden sich dort in vollständiger Sklaverei, die geistige, das heißt geistliche Bevormundung dient als vortreffliches Mittel zur potenzierten Ausbeutung. Auf Schritt und Tritt sind sie von den lieben „Schwestern“ überwacht, nur zweimal im Monat dürfen sie z. B. das Fabriketablisement verlassen, — und auch dann nur unter Aufsicht der Schwestern!

So vortrefflich versteht man es, sie geistig zu dressiren, daß sie sich bei der Affäre von Chateaufvillain von den Nonnen gegen die Gendarmen, welche die Schließung der Kapelle vornahmen, in's Feuer schiden ließen. Die Unglücklichen kennen nichts anderes als das „alte Entzückungsgesang.“

Aber eben darum sind sie famose Ausbeutungsobjekte, und welcher Fabrikant, und sei er noch so „liberal“, wäre nicht mit dem Hinweis darauf zu ködern? So spekulirt unser „christlich-sozialer“ Schlammeier auch, und beweist damit, wie gut man es in jenen Kreisen versteht, den Mantel nach dem Winde zu drehen.

Solange die ultramontane Partei sich in entschiedener Opposition zur Staatsregierung befand, war sie auf die Massen angewiesen und kokettirte daher in erster Reihe mit diesen. Das Spiel war solange ungefährlich, als man eben Minorität war. Jetzt, wo in den höheren Kreisen sich der berühmte „Umschwung“ vollzogen, sucht die katholische Kirche auch mit der Bourgeoisie Frieden zu schließen. Leo XIII. hat mit seiner Enzyklika gegen den Sozialismus den Ton angegeben, der heute in der ganzen katholischen Presse weiterklingt, und der da lautet: Gesellschaftsrettung, Aufrechterhaltung der bedrohten Ausbeuterordnung.

Kein Zweifel, daß man in gewissen Kreisen damit Anklang findet, genau so wie in Frankreich die hohe Ausbeuterwelt den Katholizismus nach Kräften protegirt. Anders mit der Arbeiterwelt. Man streicht in der That nicht ungestraft den Löwen Proletariat. In dem Maße, da die Kirche die Vertreter des Kapitalismus gewinnt, in dem Maße verliert sie den Einfluß auf die Massen. Das Doppelspiel ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, am allerwenigsten in Deutschland, wo „die Träger dieser furchtbaren Macht (des Proletariats) fühlende und denkende Menschen sind.“

Wir begrüßen daher mit Freuden diesen Umschwung im christlichen — pardon, katholischen Sozialismus. Je feindlicher er sich zu uns stellt, um so besser. Um ihn zu bekämpfen, brauchen wir ihn bloß als das zu kennzeichnen, was er ist: als Befürworter einer neuen Form der Leibeigenschaft, als Anwalt einer Verewigung der Vohnsklaverei.

Und trotz aller katholischen Arbeitervereine ist es mit seinem Einfluß auf die Arbeiterklasse Mathäi am Letzten!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 21. Juli 1886.

— Aus Leipzig sind, seit Beginn der neuen Puttkamer-Jhring-Kera, fünf Arbeiter auf Grund des „keinen“ Belagerungs-Zustandes ausgewiesen worden. Und diese fünf ausgewiesenen Arbeiter waren sämmtlich in der Fabrikvereinbewegung thätig und standen der politischen Parteibewegung vollkommen fern. Es sind dies die drei Leiter des Metallarbeitervereins und die zwei des Tischlervereins. Nicht Einem der fünf hat irgend eine ungesetzhafte Handlung nachgewiesen werden können; gegen keinen ist sie auch nur behauptet worden.

Nach der Ausweisung des Vorsitzenden des aufgelösten Tischlervereins theilten wir die Hauptpunkte des Ausweisung-Urtheils mit und sahen, daß dieselben mit Sozialismus und Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu thun haben — außer insofern der Klassenkampf, dem jede Arbeiterorganisation dient und mit logischer Elementargewalt dienen muß, allen Arbeiterbestrebungen und Arbeiterorganisationen einen sozialistischen Charakter aufträgt.

Die letzten Ausweisungen aus Leipzig richteten sich also direkt und ausschließlich gegen die Arbeiterbewegung als solche.
Während der Debatten über das Sozialistengesetz im Jahre 1878 wurde von Seiten der Väter und Geburtshelfer dieser gesetzgeberischen Infamie heilig und theuer versichert, diese Ausnahmemaßregel richte sich einzig und allein gegen „Ausstreitungen“ und die gesellschaftliche Ordnung bedrohende Thatsachen; sie richte sich entschieden nicht gegen die sozialdemokratischen Lehren und die Sozialdemokratie an sich, falls diese sich von „Ausstreitungen“ fern halte; und unter gar keinen Umständen richte sie sich gegen die Arbeiterbewegung, der man im Gegentheil durchaus sympathisch sei.

Die Praxis bewies sofort, daß die Väter und Geburtshelfer des Sozialistengesetzes gelogen hatten, als sie erklärten, dasselbe richte sich nicht gegen die sozialdemokratischen Lehren und gegen die Sozialdemokratie als solche.

Im Gegentheil: ganz speziell gegen diese richtete es sich: die sogenannten „anarchistischen“ Bestrebungen wurden unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes systematisch begünstigt und „Ausstreitungen“ im deklarirten Sinn des Sozialistengesetzes systematisch promovirt. Die lange Reihe der ertappten Puttkamerlinge, vom „einzigartigen“ Wolf bis zum Lumpazius Jhring-Wahlow lassen über diesen Punkt nicht den leisesten Zweifel zu. Gerade die keine „Ausstreitungen“ verübende, immer tiefer und weiter in die Volksmassen eindringende, und entsprechend an Macht zunehmende Sozialdemokratie war den Puttkamer-Bismarck und Konjorten ein Dorn im Auge; nur diese fürchteten sie, während der die Massen abstoßende, mit brutaler Gewalt spielend zu unterdrückende sogenannte „Anarchismus“ die vollkommenen Dienste des „rothen Gespenstes“ leistete. Und

nur diese sollte durch das Sozialistengesetz getroffen werden, was man natürlich nicht sagen konnte. Die Politik der Puttkamer, Bismard und Konforten ist eine so durch und durch gemeine, hat so niederträchtige Ziele und muß sich so niederträchtige Mittel bedienen, daß sie, um mit dem Chef der sauberen Firma zu reden, das Tageslicht nicht vertragen kann, und in Bezug auf ihre Ziele und Mittel zu ihrem Lügen gezwungen ist. Das System Bismard ist die Lüge in Permanenz — wozu als notwendige Ergänzung die Gewalt in Permanenz kommt.

Also das was gelogen, Schmachvoll gelogen, als die Väter und Geburtshelfer des Sozialistengesetzes „auf Ehre“ behaupteten, daß es nur auf „Ausgrenzungen“ abgesehen sei.

Aber als die ersten Jahre vorüber, blies den Patronen wenigstens die Kunde, zwischen sozialdemokratischen Bestrebungen und „Ausgrenzungen“ sei keine feste, sichere Grenze zu ziehen, Mißgriffe und Irrthümer könnten vorkommen, allein soviel müsse doch zugegeben werden, daß die nicht politische Arbeiterbewegung gesondert werden.

Und in der That, die nicht politische Arbeiterbewegung nahm unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes bald einen bedeutenden Aufschwung; Fachvereine schossen wie Pilze aus dem Boden, und besonders in Berlin, im Hauptquartier der Puttkamer, Bismard, Jhring Kahlow, gedieh die Fachvereinsbewegung zu erfreulicher Blüthe, ohne daß die Polizei nennenswerth hinderte und hemmte.

Dies Alles ist mit einem Schlag anders geworden. Jetzt ist es gerade die Fachvereinsbewegung, gegen welche in erster Linie die Wuth der Puttkamer und Puttkamerlinge sich richtet. Und im „gemüthlichen“ Sachverhalt hat die Polizei sich das sehr anerkennenswerthe Verdienst erworben, den Vätern und Geburtshelfern des Sozialistengesetzes die letzten Haken der Rastke heranzureißen und auch in diesem Punkt ihre Schmachvolle Verlogenheit vor aller Welt kundzutun. Durch die fünf letzten Ausweisungen aus Leipzig ist über jeden Zweifel hinaus, mit wahrhaft klassischer Deutlichkeit, festgestellt worden, daß die nicht politische Arbeiterbewegung als solche vernichtet werden soll.

Die Leipziger Polizei hat hier ganz im Geiste des Puttkamer'schen Maß gehalten; und auch die Berliner Polizei hat in neuerer Zeit ihre Wuth vor Allem gegen die Träger der Fachvereinsbewegung gerichtet. In Berlin behauptete man, die Fachvereinsbewegung sei vielfach mit der allgemeinen politischen Bewegung verknüpft, verknüpft, daß sie nicht auseinanderzuhalten seien. In Leipzig ist selbst diese saule Kunde nicht möglich. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich dort von der allgemeinen politischen Bewegung auf's Sorgfältigste ferngehalten und nicht einen Moment lang einen Charakter getragen, der in dem ängstlichsten Whistler den Glauben an eine sozialistische Gefahr hätte erwecken können.

Da gibt es gar keine Möglichkeit eines Irrthums, eines Mißgriffes. Der Fall liegt klipp und klar: die Fachvereinsbewegung soll vernichtet werden. Und das so lange behütete Geheimniß, das freilich jedem halbwegs Eingeweihten schon längst von den Spähen war zugepfeift worden, ist endlich enthüllt: die Väter und Geburtshelfer des Sozialistengesetzes haben, eingedenk ihrer Mission als Vertreter des modernen Klassenstaats, den höchsten Plan gefaßt, die Bourgeoisie von dem Gipfel der Arbeiterbewegung zu befreien und die Arbeiterbewegung aus der Kulturgeschichte auszuschreiben.

Die Arbeiterbewegung, diese Kulturbewegung par excellence, aus der Kulturgeschichte auszuschreiben — wahrhaftig, man muß über die Dummheit dieser traurigen Polizeitheorien fast noch mehr lachen, als man sich über ihre Niederträchtigkeit empören muß.

Und in ihrer bodenlosen Dummheit lassen diese Jämmerlinge und den größten Dienst, der uns überhaupt geleistet werden kann — sie freiben, wie wir das gleich nach Erlaß des Puttkamer'schen Maßes ausführten, die gesamte Arbeiterwelt Deutschlands mit Gewalt unter die Fährnen der Sozialdemokratie.

So arbeitet das herrschende System, indem es sich das Brandmal ewiger Schande auf die Stirne drückt, und zugleich direkt auf's Wirksame in die Hände.

Und so ist's recht.

— **Klassenjustiz haben, Klassenjustiz drüben.** Um dieselbe Zeit, da sich in Berlin die Schmachvolle Justizkomödie abspielte, die unter dem Namen Prozeß Jhring Kahlow später noch als klassisches Beispiel für die tiefe Erniedrigung des öffentlichen Geistes in Deutschland unter der Herrschaft Puttkamer dienen wird, um dieselbe Zeit spielte sich in New-York ein Prozeß ab, dessen Ausgang ein nicht minder klassisches Beispiel dafür ist, wie das kapitalistische Ausbeuterthum unter jeder Regierung und Staatsform in der Person seiner Rechtswahrer sofort sich auf den Standpunkt der brutalen Gewalt stellt, sobald es seine Ausbeuterherrlichkeit ernsthaft bedroht sieht. Wir meinen den Prozeß gegen die „Boycotter“ des Konzeptionswirths Geo Theiß in New-York.

Im Frühjahr dieses Jahres brach zwischen dem genannten Wirth Geo Theiß und dem „Carl Schuh Klub“, einem Arbeiterverein, welcher der New-Yorker „Central Labor Union“ (Centraler Arbeiterbund) angehört, ein Konflikt aus, weil Theiß Unionsmitglied unter Beschimpfungen entlassen und dafür Right-Union's-Mitglied angestellt hatte. Als der Versuch einer friedlichen Verständigung gescheitert war, wurde über das Theiß'sche Lokal der Boycott verhängt, an dem sich auch die Mitglieder der Central Labor Union beteiligten. Dauf der großartigen Organisation der Central Labor Union machten sich die Folgen des Boycotts bald so empfindlich bei Herrn Theiß bemerkbar, daß er seine „Bude hätte schließen müssen“, wenn sich nicht sein Bierlieferant, der Brauereibesitzer Ehret, der sein Guthaben bei Theiß zu verlieren fürchtete, in's Zeug gelegt hätte. Er lud beide Parteien zu einer „Auseinandersetzung“ in seine Bude ein, und dort kam es nach längeren Unterhandlungen schließlich auch zu einer Einigung. Theiß verpflichtete sich, von nun ab nur Unionsmitglieder anstellen zu wollen, und erklärte sich auf den Rath Ehrets fernerhin bereit, die Kriegskosten im Betrage von 1000 Dollars — er hatte Arbeiter, die vor seinem Lokal vigilirten, verhaften lassen zu lassen. Er gab dem Arbeiterkomitee einen Cheh über die genannte Summe, auf welchen er aber wohlweislich bemerkt hatte: „For the expense of Boycott“ (für Boycottkosten).

Natürlich erhob die kapitalistische Presse sofort ein Pöbelgeschrei über die „Agnarrei“ der Arbeiter, und unter dem Druck der seit Anfang Mai eingetretenen Arbeiterdege warb denn auch gegen die Arbeiter, die an jener Vereinbarungsitzung theilgenommen, Anklage auf „Erpressung“ erhoben. In dem Boycott erblidte die Anklage eine geschickliche „Verhöhnung“, in der Forderung der 1000 Dollars eine ebensolche „Erpressung“.

Auf die Einzelheiten des Prozesses, der sich ziemlich lange hinzog, können wir hier nicht eingehen. Genug, die Herren Geschworenen, alles tugendhafte Geschäftsleute, stimmten dem Ankläger zu und erklärten die Angeklagten Paul Witzig, Max Dannhäuser, Michael Stroh, A. Rosenber, Schankwarter, und Hans Goldorf, Müller, der „Erpressung“ für schuldig.

War nun dieser Anklageprozeß schon ein Ungehörlichkeit, da festgestellt war, daß keiner der Angeklagten von dem Gelde etwas für sich verwendet oder überhaupt in eigennütziger Absicht gehandelt hatte, so erhält er seine rechte Illustration erst durch die Höhe der von dem Richter über die Angeklagten verhängten Strafen. Alle wurden zu Staatsgefängniß bei schwerer Arbeit verurtheilt, und zwar:

Paul Witzig	zu 2 Jahre 10 Monaten
Hans Goldorf	„ 2 „ 10 „
Michael Stroh	„ 1 „ 6 „
A. Rosenber	„ 1 „ 6 „
Max Dannhäuser	„ 3 „ 8 „

Insgesamt 12 Jahre 4 Monate Zuchthaus!

Nichts Charakteristischer dieses Urtheils mehr als die Ansprache des Richters an die Angeklagten bei der Verurtheilung.

„Diese sozialistischen Verbrechen“, heißt es da, „ausgeführt von Ausländern gegen Bürger dieses Landes (natürlich), sind zu jahrelang geworden, als daß sie nicht eine strenge Strafe verdienen. Dinstorf wird kein „Walking-Delegate“ (Umhau-Delegirter) sich mehr ungestraft in die

Angelegenheiten Anderer mischen oder Geld von ihnen verlangen. Sie werden im Verhältnis zur Größe und Schwere Ihres Verbrechens bestraft werden. Ihre Verurtheilung wird vielleicht andere Männer, die dieselben sozialistischen Ansichten wie Sie hegen, Achtung vor dem Gesetz und der öffentlichen Meinung lehren. Die öffentliche Meinung ist mächtiger als alle Unionen. Das Reimen des Geldes von Theiß war offener Raub. Siehe man Thaten, wie die Ihrigen, ungestraft, so würden wir bald in einen Zustand der Wildheit zurückfallen. Das Vertheilen von Jirkulären, das Ansameln vor dem Lokal eines Bohocotteten, die Einschüchterung anderer Arbeiter streift Sie zu Verbrechen. In grausamer, herzloser Weise! haben Sie Akte der Tyrannei ausgeübt. Trotzdem ist das Gesetz nicht hart gegen Sie. Vielleicht sind Sie durch die irrige Entscheidung eines Polizeirichters mißleitet worden.“ Vielleicht waren Sie schlecht berathen und ber Berath: ist dann ebenso schuldig wie Sie. Auch spricht zu Ihren Gunsten, daß Sie nichts von dem Gelde für sich gebraucht haben. Es freut mich daher, eine Bafis zu haben, auf die hin ich Gnade üben kann.“

Wie die „Gaube“ des salbungsvollen Patrons aussieht, zeigt das obige Strafmaß.

„Allgemeines Erkennen“, schreibt die „Newyorker Volkszeitung“, „über die Schwere der auferlegten Strafen gab sich im Gerichtssaal kund, selbst ein alter, weißhaariger Geschworener, der zur Zeit neben dem Richterplatze der „Volkszeitung“ saß und fortwährend wie eine Gans schnatterte und auf „Ausländer“, „Sozialisten“, „Walking-Delegates“ und „Bürger“ wie ein Kuckuck schimpfte, rief, als er das Urtheil hörte, erkannt aus: „My God, I did not think that!“ (Mein Gott, das dachte ich nicht!).

So niederdrückend eine solche Art von „Rechtssprechung“ in einem Staate, der sich bloßer den „Kreuzen der ganzen Welt“ nennen durfte, wirken muß, so erhebend wirkt das fröhliche Verhalten der Arbeiterklasse gegen diesen, in Rechtsformen verhüllten Gewaltstreik. Am gleichen Abend, wo das Urtheil gefällt wurde, traten in den Geschäftsräumen des „Socialist“ das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterpartei und die Vorstände verschiedener Gewerkschaften zusammen und beschloffen die Veranstaltung einer großen Entrüstungsversammlung im Cooper-Justiz, einem großartigen Clubsaal mit 2000 und 3000 Plätzen, das laut Vorbericht seines Stickers allen Parteien zur Verfügung steht. Das Meeting war auf den 7. Juli anberufen; über seinen Verlauf liegen uns noch keine Berichtsbogen vor, und der Telegraph berichtet natürlich nur von solchen Dingen, welche die Bourgeoisie „interessiren“. Daß es aber sich zu einer imposanten Demonstration gestaltet haben wird, geht aus der Aufnahme hervor, welche der „Spruch“ des Richters Barret zwei Tage nach Fällung desselben in der Delegirtenversammlung der „Central Labor Union“ gefunden hat. In dieser Sitzung wurden eine Anzahl von Resolutionen gefaßt, welche das Verfahren des Gerichts in auf's schärfste kennzeichnen, Sammlungen zur Unterstützung der Familien der Verurtheilten beschloffen, 125 Dollars Beitrag bewilligt zu den Gerichtskosten, um den Prozeß in der Appellinstanz weiter zu führen u. c. Gegen den Brauereibesitzer Ehret aber, in Bezug auf den alle Redner einig waren, daß er durch seine Zeugnisaussagen das Urtheil zur Verurtheilung beigetragen, obwohl er gewußt, daß die Angeklagten in keiner verbrecherischen Absicht die Kosten für den Theiß'schen Boycott gefordert wurde, „unter Hochrufen auf den Boycott“ folgende Resolution einstimmig mit Enthaltensstimmen angenommen:

„Da George Ehret sich in herabragender Weise an der gerichtlichen Verfolgung von Arbeitern beteiligt hat, sei beschlossen, daß sämtliche in der „Central Labor Union“ vertretenen Organisationen aufgefordert werden, künstlich George Ehret's Bier nicht zu trinken und in keinem Lokal zu verkaufen, in welchem besagtes Bier verkauft wird.“

Dieser Boycott soll „heißt es in dem Bericht, nicht ein zeitweiliger, von Erfüllung gewisser Bedingungen abhängiger sein, sondern ein permanenter Boycott, ein Boycott auf immer.“

Einen gleichen Beschluß, nur noch in schrofferer Form, faßten die „Central Labor Union“ von Brooklyn, der Nachbarstadt von New-York, sowie eine Spezialversammlung der „Vereinigten Deutschen Gewerkschaften“, und eine ganze Reihe von Gewerkschaftsversammlungen u. c. haben ihn bereits ratifizirt.

Mit einem Wort, die Arbeiter lassen sich in keiner Weise einschüchtern, und das ist die Hauptsache.

— **„Ausländer, Fremde sind es zumeist.“** In dem famosen Urtheilspruch des Richters Barret gegen die Theiß'schen „Boycotter“ wurde mit besonderem Pathos hervorgehoben, daß es Ausländer seien, welche in so schändlicher Weise die Gesetze des Landes, dem sie Gostfreundlichkeit schuldeten, mißachteten. Darauf antwortete die „New-Yorker Volkszeitung“ in einem „Ein neues Know-nothingthum“ (Know-nothing = Nichtwissen, nennt man in Amerika die Herzer gegen alles „Ausländische“) überschriebenen Artikel u. c. wie folgt:

Die Gesetzkünder der eingeborenen Amerikaner ist jenen berühmten Wessier ohne Klänge zu vergleichen, an dem das Heft steht. Die meisten Gesetze sind hier zu Lande lobte Buchstaben, und keine Nation kommt der anglo-amerikanischen in der Verachtung ihrer Gesetze gleich. Die Beweise hierfür sind so zahlreich, daß die Gesetze, welche wirklich befolgt werden, zu den seltenen Ausnahmen gehören. Es wäre auch ein Wunder, wenn es anders wäre, da die Gebrauchsart eine der amerikanischen Lebenslagen ist. In Europa, wo man beim Gesetzgeben sorgfältig zu Werke geht, gibt es noch eine gewisse Achtung vor dem Gesetze im Allgemeinen, in Amerika ist eine solche Achtung nur höchst ausnahmsweise vorhanden, und die erfolgreichsten Gesetzübertreter, das heißt diejenigen, welche regelmäßig der Strafe entgehen, sind die geschicktesten Leute im Lande. . . . Europäer, welche hier einwandern, haben die schönste Gelegenheit, die Verachtung der Gesetze hier erst zu lernen. Unter den berühmtesten Landbesitzern zählen, wie Benedit Arnold, Aaron Burr, Jefferson Davis, kann man nicht einen einzigen Eingewanderten nennen; und die Skavenhalter-Rebellion ging nur von eingeborenen Amerikanern aus. Das Lynchverfahren, an sich ein Beweis davon, wie wenig das Gesetz im Lande geachtet wird, kommt nur unter Eingeborenen vor, und ist noch nie von Eingewanderten geübt worden. . . . Das Theoren und Redern von Frauen, selbst in New-England, die grausame Verfolgung der Normannen selbst in Jännich, die wichtige Verfolgung der Katholiken und Irländer in Philadelphia 1840, und während der Know-nothing-Bewegung 1854—1856, in Kentucky, Virginien und anderswärts, die Romby-Kuffen in New-York, in Baltimore und in anderen Großstädten, die Brandstiftungen und blutigen Straßenkämpfe der freiwilligen Feuerlösch-Kompagnien — alles dies zu einer Zeit, da es noch äußerst wenig Einwanderung gab — sind ebensoviele Beweise, daß die Gesetzlosigkeit ein eingeborenes amerikanisches Vorker ist.“

Die harte Einwanderung der Neuzeit hat ganz offenbar die Sitten der Bevölkerung gemildert: das Amerika der Neuzeit verbannt die Einwanderung un'hilflich viel: Es verbannt ihr nicht nur fast allen seinen Reichthum und eine ungeheure Arbeitskraft, sondern auch einen Großtheil seiner Erfindungen, seiner höheren Zivilisation, seiner reformatorischen Ideen.“

„Diese Neuwanderer bringen in der Regel jene Ehrlichkeit mit sich, welche des guten Glaubens ist, daß hierzulande eine neue Welt besteht, in welcher das Wort noch gilt, was es bedeutet. . . . An die Niedertracht der regierenden Klassen in Europa haben sie glauben gelernt; daß aber Reichen, die unter einer Republik leben, ebenso verdorben sein können, als irgend welche europäische Despoten es sind, das müssen sie erst aus Erfahrung begreifen. Daß das handgreifliche Unrecht auch hier zu Lande in der Regel triumphiert, das müssen sie durch ihre Erfahrungen lernen.“

Mit entsprechenden Modifikationen gilt das, was unser Bruderorgan hier den Stod-Amerikanern vorhält, die ja auch nur „Eingewanderte“ sind, auch in anderen Ländern. Fast überall findet sich ein anmaßendes Nichtwissen, welches bei jeder Gelegenheit bereit ist, eine Hege gegen die schlechten Ausländer zu inszeniren, ganz unbekümmert darum, daß man kurze Zeit vorher eben dieselben Ausländer selbst ins Land gezogen, um sie gegen die „heuren Landsteute“ auszuspielen. So importirt man in Deutschland an der einen Stelle massenhaft polnische Arbeiter, um zu derselben Zeit Maßregeln im Interesse des durch die Polen bedrohten Deutschlands zu treffen; so macht man es in Deutsch-Dehstreich mit den Tschechen, in Rußland und anderwärts mit den Deutschen u. c.

*) Der Polizeirichter hatte nämlich die wegen Boycott Verhafteten freigelassen!

Ueberall dasselbe Spiel in etwas anderen Formen, das zum Glück aber immer weniger verlangt, da in der Arbeiterklasse die Erkenntniß von der Solidarität der Arbeiterinteressen zu feste Wurzeln gefaßt hat und mit jedem Tage weiter um sich greift.

Beiläufig, daß die „New-Yorker Volkszeitung“ über die amerikanische Gesetzgebung und Gesetzgebung sagt, ist gegenüber den Amerikanern gewiß am Platze, doch haben die Regierer des gestifteten Europa keinen Grund, sich dem gegenüber vorkaufmännisch auf die gesetzliche und gesetzliebende Brust zu schlagen. Es ist die verhältnißmäßig jugend der amerikanischen Zustände, welche das gesetzliche Chaos zusehends ist, in Europa hat sich die „Sonderung des Festen von dem Flüssigen“ längst vollzogen, so daß alles hüßlich gesetzlich gemacht wird. Ist aber drum nicht schmerz geworden.

— **Der Reichstruhahn** wird immer toller; die rote Farbe hält ihn in so beständiger Aufregung, daß schließlich seine Gesundheit darunter leiden muß. Der rote Regenshirt vom Grafen Freisen (s. unsere Korrespondenz aus dem 19. März) ist in freiem Gedächtniß — jeder Tag bringt Seitenstücken aus Süd und Nord, aus Ost und West des großmächtigen deutschen Reiches.

Apropos, ganz allmächtig ist der Reichstruhahn zum Glück noch nicht und es gibt doch, auch außerhalb der sozialdemokratischen Reihen, noch Leute, die den Reichstruhahn auslachen. Passirte da neulich in Würzen (Sachsen) eine gar sonderliche Geschichte. Eine ehrsame Witte frau hängt in ihrem Reichthum ein rothes Taschentuch — wohl einen Füllling des Spremberger — auf einen Baum — als Vogelstange. Tagelang hing das entsehlige Ding dort, ohne daß es patriotischen Antos erregte, bis eines schönen Morgens ein Reichstruhahn in die Käthe kam, der sofort zu fressen anfang und dann, so schnell seine fetten Beine ihn tragen wollten, auf die Bürgermeisterei eilte, um das „Symbol des blutigen Umsturzes“ entfernen zu lassen. Der Bürgermeister scheint ein vernünftiger Mann zu sein; er erkundigte sich nach dem Sachverhalt, und nachdem die Eigentümerin des rothen Taschentuchs ihn belehrt, daß die Spähen und anderes Ungeheuer vor der roten Farbe scheuen, und vor keiner anderen, beruhigte sich der Herr Bürgermeister, und das rote Taschentuch hängt noch heute am Reichsthuhn, zur größten sittlichen Enttäuschung der Spähen, Reichsthuhn und Reichshöhen.

Wir Sozialdemokraten haben aber die Bemuthung, daß an unserer glorreichen Parteifarbe wieder eine nützliche Eigenschaft entdeckt worden ist.

Und welche herrliche Aussichten eröffnen sich uns, für die Zukunft, wenn einst nicht bloss rote Taschentücher, sondern auch rote Fahnen über all flattern werden; dann gibt's keine Spähen, keine Reichsthuhne und keine Reichshöhen mehr — wenigstens können sie sich nicht, von wegen der verwandten roten Farbe, an die Deffentlichkeit wagen.

— **Zur wahren Gasse** des Berliner Polizeischmucks ist die „Berliner Börsenzeitung“ geworden, bekanntlich ein „Judenorgan“ echten Kalibers, das aber mit dem Silber und dem Volkenmarkt auf dem vertraulichen Fuß steht — ein Beweis, daß unseren Antisemiten die Antisemiterei nicht erst und nur Mittel zum Zweck ist. Die plausibelsten Jagdgeschichten über die Sozialdemokratie werden zuerst in der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht, und gehen dann aus ihr in die „Norddeutsche“, „Kreuzzeitung“ und die übrigen Sächsisch-Bismard- und Puttkamer-Organen über. Die Wähe, daß Singer deshalb ausgesprochen worden, weil er aus Frankreich bedeutende Geldsummen für die deutsche Sozialdemokratie erhalten, und sich so gewissermaßen zum Unterhändler zwischen der französischen Regierung — denn das war natürlich gemeint, fernermaßen ein notorisches, von den deutschen Volksblättern wiederholt denunziatorisch erwähntes Thatsache ist, daß die französischen Arbeiter und Sozialdemokraten von den deutschen Sozialdemokraten Geld empfangen haben — und der deutschen Sozialdemokratie hergekommen habe, diese zwar alberne, aber doch auch sehr perfide Erfindung wurde zuerst von der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht. Und so noch gar manche andere Gemeinheiten, die auf gleicher Stufe stehen. Jetzt befindet sich die „Börsenzeitung“ in einer charakteristischen Bolle mit einem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“. Dieser Herr — beiläufig der Entweder des Planes zur „indirekten“ Befreiung des Sozialistengesetzes (s. unten) — hatte neulich einmal geschrieben, die sozialdemokratischen Führer gäben sich alle erdenkliche Mühe, das Aufkommen des Anarchismus in Deutschland zu verhindern, das werde ihnen jedoch, Dank dem Sozialistengesetz und dessen neuester Handhabung, von Tag zu Tag schwerer. Daß der Frankfurter-Zeitungs-Korrespondent, der beiläufig die Mühe hufte über und das Gras wachsen sieht, sich hier, aus mißverständlichen Neugierigkeiten eine phantastische Jagdgeschichte zurecht gemacht hat, brauchen wir unsern Lesern nicht zu sagen, die so gut wie wir wissen, daß es in Deutschland „Anarchismus“, d. h. eine „anarchistische Bewegung“, nie gegeben hat. Doch lassen wir das. Genug, in diese philosophische Betrachtung der Frankfurter Zeitung's-Blätter verleiht sich die „Börsenzeitung“, und meint: Die Herren Abgeordneten aus dem sozialistischen Lager thun Unrecht, der Ausbreitung anarchischer Ideen entgegen zu arbeiten. Man lasse Jedem zum Tollhäusler werden, der den Versuch dazu in sich faßt. Je mehr die Sozialisten Erfahrung darin machen, wie man sich der Anarchisten erwehrt, desto besser für sie und den Staat. Gegen Anarchisten haben wir Kraker und Welle. Wägen die Herren Anarchisten freis Farbe bekennen. Der Staat ist stark genug, es mit ihnen aufzunehmen.“

Der Scheitern der Börsenzeitung entpuppt sich da als ein würdiger Schüler des Herrn Puttkamer, der es auch sehr bedauert, daß die Organisation der deutschen Sozialdemokratie dem Anarchismus nicht aufkommen läßt. Und der seine sehr guten Gründe hat, es zu bedauern, denn gegen den Anarchismus hat der Puttkamer, wie sein Schüler oder Kumpan in der „Börsenzeitung“ sagt: „Kreker und Welle“ — gegen die Sozialdemokratie hat er aber gar kein Mittel und ist vollständig handlos. Apropos — vielleicht veröffentlicht die „Berliner Börsenzeitung“ nächstens ein Rezept, wie man aus einem Bolksblatt Semiten über Nacht einen christlich-germanischen Baron machen kann. Bei Papa Otto, der ja seinerzeit viel mit jählichen Stuten und „Christlichen Hengsten“ zu thun hatte, wird er mit dem Rezept gewiß dankbare Aufnahme finden. Einmalen sei der christlich-germanische Baron der „Börsenzeitung“ mit dem Dyrlassophen an die Thüre des Puttkamer-Jhring angesetzt.

— **Moderner Sklavenhandel.** Man schreibt uns aus Reddenburg: Das Kismisgericht in Benzin, einem kleinen Städtchen in Reddenburg, hatte vor wenigen Wochen in einer Lohnstreitigkeit zu entscheiden, deren Entstehungsgeschichte einen charakteristischen Beitrag liefert zur Kritik der Arbeiterverhältnisse in der mit der Landwirtschaft verbundenen Industrie.

Auf dem in der Nähe von Benzin gelegenen Rittergute Dambel betrieb der Besitzer seit einigen Jahren eine Gemüskultur, wozu das ausschließlich weibliche Arbeitspersonal von circa 40 Personen aus Polen und Westpreußen herbeigezogen wurde. Die Arbeiterinnen trafen im Oktober ein, um zunächst bei der Einrichtung des Gemüses beschäftigt zu werden, und reisten, da die Trocknerei nur im Winter betrieben wurde, im Laufe des März wieder in die Heimat zurück — mit Ausnahme von 10—12, welche für Arbeiten beim Gemüsbau und bei der Ernte engagirt und demgemäß während des Sommers auf den umfangreichen Gütern des Besitzers jener Trocknerei beschäftigt wurden. Auch im Oktober vorigen Jahres trafen einige 30 Polinnen zur Trocknerei in Dambel ein. In Laufe des November vor. J. verpackte nun der Besitzer die Gebäude der Trocknerei an die Lübeder Konferenzfabrik, wozumals D. D. Carlens in Lübed, welche in Dambel eine Zweigfabrik für alle möglichen Gemüses und Fleischkonferenzen einrichtete. Aufgehend hierbei war wohl für die Lübeder Gesellschaft neben billigem Einkauf der Rohprodukte auch der geringe Arbeitslohn, denn die polnischen Arbeiterinnen erhielten neben primitiver Bekleidung und dito Unterkommen pro Tag ganze 40 Pfennige Tagelohn.

Die Gesellschaft übernahm vom Gutsbesitzer die Arbeiterinnen für ihren Betrieb, ohne einen eigenen Kontrakt mit denselben zu machen; überhaupt wurden sie, die durchweg entweder gar nicht oder nur sehr wenig deutsch reden konnten, über den Wechsel in den Personen der Unternehmer so wenig unterrichtet, daß sie nach wie vor den Gutsbesitzer und nicht jene Gesellschaft für ihren Arbeitsherrn hielten. Das trat zu Tage, als die Arbeiterinnen Ende März d. J., wo in der Fabrik der Betrieb wegen Umbauten eingestellt wurde, ihren Lohn, der ihnen im Winter

*) Die 1000 Doll. waren, wie sich aus der Gerichtsverhandlung ergab, folgendermaßen verwendet worden: Kosten der Vertheidigung vor den Polizeirichtern Doll. 264.—. Druckkosten D. 113.—. Annoncen D. 161. 32. Wägen für die von Theiß entlassenen Leute D. 273. 13. Kosten des Komites D. 115. 53 und Ausgaben für Wägen D. 62.—.

nicht ausgezahlt worden war, um sie von vorzeitigen Abreisen zurück zu halten (...), nicht von der Löhner-Gesellschaft, sondern von dem Güterbesitzer, der sie gemietet hatte, forderten. Dieser Herr beschaffte aber, seinen Gemüthsbau bedeutend anzubehagen, und hatte, um die dazu nöthigen Arbeitskräfte billig zu gewinnen, mit der Löhner-Gesellschaft dahin ein Abkommen getroffen, daß nur ein Theil der Fabrikarbeiterinnen durch Auszahlung des Lohnes entlassen, einige 20 aber durch Vorenthaltung desselben veranlaßt werden sollten, sich zur Uebernahme von Gemüthsbau und anderen landwirthschaftlichen Arbeiten auf seinem Gütern bereit zu erklären. Demgemäß blüht die Löhner-Gesellschaft dem Güterbesitzer den Lohn von circa 25 Arbeiterinnen aus und erhielt ihrerseits die Zusage, daß ihr von diesen Arbeiterinnen die nöthige Anzahl überlassen würde, wenn sie im Laufe des Sommers zum Einsetzen der Früchte Gemüths einige gebrauchen sollte. Den Arbeiterinnen wurde eröffnet, sie erhielten den im Winter verdienten Lohn zugleich mit dem für den Sommer noch erst zu verdienenden, wenn sie nach Vollendung der Geweibe die Güterbesitzer entlassen würden.

Da nun die Arbeiterinnen auf dem Gut nicht mehr arbeiten zu wollen, und die Auszahlung ihres im Winter so lauer verdienten Lohnes verlangten, so wurde der Versuch gemacht, ihr Widerstreben durch Hunger zu brechen. Sie erhielten nämlich keine Nahrungsmittel mehr nachfolgt, und es wurde ihnen erklärt, sie müßten nicht eher zu essen bekommen, als bis sie die angemessene Arbeit aufnahmen. Einige der Unglücklichen erhielten aus der Gutmüthigkeit, wo die aus der Fabrik Entlassenen wohl inzwischen die Noth der Zurückgebliebenen den Hunger mittheilten haben mochten, Geldmittel und reisten ab, ihren lauer erworbenen Lohn im Stiche lassend; circa 15 dagegen wurden nach Verlauf von 4-5 Tagen, wo die letzten Nothdürfte aufgebraucht waren, durch den Hunger zur Aufnahme der Arbeit auf dem Gut gezwungen. Die in die Heimat Entkommenen nahmen dort die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch. Derselbe machte zuerst den Versuch, von dem Güterbesitzer den vormaligen Lohn zu betreiben, bis er endlich hinter den wahren Sachverhalt kam und nun kläglich gegen die Löhner-Gesellschaft vorging.

Von jenen 15 auf dem Gut zurückgebliebenen Arbeiterinnen entfernten sich im Laufe des April noch weitere 4, welche auf dem Gute G. eines Herrn Pöge, eines Bruders des früheren Reichstagsabgeordneten Pogge-Blaustein, landwirthschaftliche Arbeiten übernahmen. Diese müssen im Vergleich mit der wirklichen Natur ihres winterlichen Arbeitsverhältnisses aufgeführt worden sein, denn sie verlagerten im Mai beim Amtsgewalt in Penzlin die Damseder resp. Löhner-Konferenzfabrik auf Veranlassung des Lohnes. Da das Amtsgericht die Berechtigung dieser Forderung anerkannte, so läßt die Löhner-Gesellschaft sofort im Termine das Geld aus und übernahm auch die Deckung der Gerichtskosten. Öffentlich wird der Pöge'sche Rechtsanwalt bald einen ähnlichen Erfolg mit seiner Klage erzielen!

Gr. I. M. Mehrere hoffen auch wir im Interesse der armen weiblichen Arbeitsklaffen. Aber weis bezeichnendes Schlaglicht wirft das Geschehen des zweifellos sehr christlichen und konfessionellen Güterbesitzers und der nicht minder christlichen Löhner-Gesellschaft auf die Begriffe von Recht und Unrecht in jenen Kreisen! Da werden Menschen hinterläßt wie Löhner verhandelt, wählt man doch mit Vorliebe solche Arbeiterinnen, welche die Landessprache nicht verstehen und daher zu allen Ermittelungen, die man ihnen zufügt, stumm sein müssen. Die eigenen Landesfinder treibt man zur Auswanderung und importirt dafür Slaven, und hinterher brüht man sich mit seiner echt deutschen nationalen Gesinnung und macht im „Entrückung“ über die „Unterdrückung“ der „deutschen Brüder“ in Böhmen u. dgl. die jetzt die Früchte für ein gleiches Vorgehen ernten. Deutscher kann gar nicht gesagt werden, daß die nationale Gesinnung dieser Herren nur so weit geht, als die Interessen der Verkündenden Klasse es erfordern. Das soll jährt bei ihnen nicht, das ist Arbeitslohn, das zu gehören hat.

Ran, auch diesen Patronen wird das Humbert gelegt werden, auch ihnen wird die wachsende Erkenntnis in Arbeiterkreisen „Nores“ lehren.

Ein Optimist. Der Rechtsanwalt (und Reichstagsabgeordnete) Wundel, der in dem Rahlow'schen Prozeß neben Freudenthal als Verteidiger fungirte, hat für die „Nation“ einen Artikel über diesen beispiellosen Prozeß geschrieben, der wie folgt lautet: „Die Sache ist in erster Instanz erledigt, der Nutzen einer zweiten, die Thatsachen frei prüfenden Instanz kann denfalls, als durch die vorliegende Sache, kaum dargelegt werden. Die Beurtheilung seitens der Strafkammer wird eine völlig freie, weder durch den Inhalt des ersten Urtheils, noch durch die demselben widersprechende Beurtheilung beeinflusst sein. Den Irrthum aber wird ich sicherlich beseitigen, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung auf den Spring-Rahlow's als ihren Grundbaustein beruhe. Die gegenwärtige Gesellschaft, welche von den Sozialisten, als von einer Gesellschaft der Zukunft, bekämpft wird, würde in eine nachtheilige Lage gebracht und der Sieg der Sozialisten geradezu vorbereitet werden, wenn jener Irrthum in der That als eine Wahrheit anerkannt werden sollte.“

Der „Irrthum!“ Ist es denn Irrthum? Wenn Herr Wundel die „gegenwärtige Gesellschaftsordnung“ sich genauer betrachtet, so wird er finden, daß sie der Spring-Rahlow's als ihrer „Grundbaustein“ bedarf. Ohne die Spring-Rahlow's kein Biemarck (Schleier) wie er heißt, kein Völkertum und Klassenstaat, und ohne Völkertum und Klassenstaat ist auch die „gegenwärtige Gesellschaftsordnung“ unbeständig.

Deutschland im 19. Jahrhundert. Das bayerische „Wesend-Verordnungsblatt“ Nr. 33 enthält folgende Bekanntmachung: „Kgl. Staatsministerien des Königl. Hauses und des Reichens, der Justiz, des Innern beider Abtheilungen, dann der Finanzen. Im Namen Sr. Majestät des Königs. Sr. Hoh. Prinz Ludwig, des Kronprinzen, haben sich allergnädigst bewogen gesunt, zu bestimmen, daß während der Dauer der Regentschaft die in dem kgl. Verordnungsblatt (Wesend-Verordnungsblatt) an Se. I. Hoh. Prinzregenten in nachstehender Weise formulirten sind. Neben dem Kaiser durchlauchtiger Prinz und Regent, Allerhöchster Regent und Herr!“ Im Kontexte: „Guere Königliche Dohheit... Allerhöchste... Allerhöchste...“

Ein tieferer Ehrsuchtiger Eurer Königlichen Hoheit allerunterthänigst, treuehuldigster... Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. München, den 12. Juli 1886. Dr. Frhr. v. v. Hauke. Dr. v. Kiebel. Dr. v. Sealsheim. Dr. v. Sealsheim.

Es ist wirklich gut, daß Ludwig Börsen schon nahezu 50 Jahre todt ist, der die niederträchtige deutsche Prossprache in seinem „Tagebuch“ treffend in ihrer Abgeschmacktheit bloßstellte. Was würde er sagen, wenn er leben müßte, wie in Deutschland die Lächerlichkeit — weil entsetzt zu haben, gerade erst recht konsequenzlos wirkt? Da haben die Deutschen nun 1848 endlich eine Revolution gemacht, aber nicht einmal solche Albernheiten wie die obigen, die kein König in eine der modernen Sprachen übersetzen kann, weil diese für solchen Blödsinn keine Worte haben, konnten wir loswerden. Dazu werden wir eine Revolution machen müssen, sonst bringen wir sie nicht aus unserer Sprache heraus — es müßten denn die allerhöchsten Herrschaften sämtlich allergnädigst sich allerhöchste zu erlauben geruchen.

Ueber die Verdrängung geschickter Arbeit durch Maschinen. Die Fabrikation von Ackerbauwerkzeugen würden 2145 einseitig geschickte Handwerker nöthig sein, um soviel Produkte liefern, als jetzt mittelst Maschinen von ganz einseitig geschickten Tagelöhnern, 600 an der Zahl, geliefert wird. Ein ihrer Hände arbeiten also so viel, wie früher im Mittel 375 Paar Hände.

In der Schuhmacherei werden jetzt Frauenstiefelchen von 100 Menschen gefertigt, wozu früher 500 nöthig waren. Bei einer anderen Art Schuhware werden die Hände verdrängt. In einer Fabrik macht jetzt ein Mann dreimal soviel Waare als noch vor Kurzem. Mit Goodrich's Nähmaschine an turnod schon ist jetzt ein Mann soviel wie früher 8. Mit Mc Kay's Maschine wird 60 Mal mehr Produkt fertig. In anderen Zweigen dieser Industrie verdrängt jetzt ein Mann 10 Mann.

Bei der Besenmacherei verdrängt ein Mann mit Maschinen 3 Mann oder 4. Beim Wagen- und Kutschenbau verdrängt ein Mann 3/4 Mann.

Bei der Leppischmacherei, und zwar beim Spinnen, thaten früher 75-100 Mann, was jetzt Einer thut, und beim Weben 10 Mann das Werk von Einem; beim Weben und Weben machten 15 Mann, was jetzt Einer mit Maschine thut.

Die Schneiderei besorgt jetzt das Zuschneiden von Hüten, Kappen und Kleibern mit sechs- bis neunmal weniger Händen als früher.

Das Weben baumwollener Waaren mit Dampfkraft hat dreimal soviel Weber verdrängt an einem Webstuhl, als früher nöthig, und ein Weber kann damit 2 bis 10 Webstühle bedienen, während früher Einer nur einen bediente. Binnen den letzten 10 Jahren allein ist die Hälfte der Arbeiter überflüssig geworden für das gleiche Produkt. Beim Spinnen geht dies noch weiter. Ein Arbeiter thut, wozu noch vor wenigen Jahren neun bis zehn oder mehr nöthig waren.

Bei der Mälerei sind jetzt je drei unter vier Arbeitern überflüssig geworden, bei einigen Sorten der Glasmacherei je fünf unter sechs, und beim Patent-Webgerben eine Hälfte. In allen Holzwaaren- und Schäften herrscht bedeutende Ersparnis von Händen, beim Dauben, Zuschneiden thut eine das Werk von fünf.

In der Stellmacherei thut ein Tagelöhner so viel wie früher 10 Handwerker. Ein Knabe sodest soviel Holz wie früher 25 Mann.

„Und so geht“, schreibt die „Volkzeitung“, „die Liste der Ersparnisse von Arbeitern noch viel weiter fort, wobei immer zu bedenken ist, daß es allseitig geschickte und intelligente Berufsarbeiter sind, welche von ganz einseitig geschickten und nicht notwendig intelligenten Tagelöhnern ersetzt werden. Und das ist nur bedauerlich ein großes Unglück, weil die Maschinen nicht den Arbeitern gehören.“

Woll selbstständig heißen der Gesamtheit, da unsern amerikanischen Bruderorganen nichts fernere liegt, als kleinbürgerliche Utopisterei.

Es ist schade, daß wir den vorstehenden Zahlen nicht die entsprechenden europäischen, bezw. schändlichen an die Seite setzen können. Die entsprechende Statistik liegt eben bei uns noch sehr im Argen. Für so etwas hat man in Mitteleuropa kein Geld. Es würde sich dem Vergleich wahrscheinlich herausstellen, daß sich zwar bei uns dieselbe Entwicklung vollzieht, aber weniger rapid und unfaßlich, was keineswegs eine günstige Erscheinung ist, weil die üblen Folgen für die Arbeiterklasse sich darum nicht etwas milder hart geltend machen, sondern nur schleppender und insorgedessen noch verheerender. Diese langsamere Entwicklung ist eine Folge davon, daß bei uns der Preis der menschlichen Arbeitskraft ein niedrigerer ist als in Amerika. Die hohen Löhne Amerikas haben die Entwicklung des Maschinenwesens in Amerika so gefördert, daß Amerika heute nicht nur Produkte, sondern bereits auch Maschinen nach Europa exportirt.

Ein tapferer Mann. Auf dem letzten Parteitag (Lucas a non lucendo: war weder „Partei“ vorhanden, noch hat's gefügt) der „national-liberalen Partei“ Sachens sagte der „Generalsekretär“ belagter „Partei“, Bebel und Liebknecht seien Feiglinge, weil sie sich nicht offen zum gewaltsamen Umsturz und Anarchismus bekennen.

Vor 15 Jahren sagte ein Parteigenosse des belagerten Herrn, der verschollene Handwerkskammersekretär Eras: „Die Katheder-sozialistischen Feiglinge, weil sie sich nicht zu Bebel und Liebknecht bekennen.“

Das kann etwas anders. Indeß die Zeiten haben sich geändert, der Putschler draucht Anarchisten, die Sozialisten wollen ihm den Gefallen nicht thun, und die Herren Rationalisten sind ja nur noch folgelsame Jagdhunde — oder lassen wir unterwegen das „Jagd“ weg und sagen schlechtweg Hunde — des eisenhärtnigen Otto und seines Betters Putz. Wie sagte doch Bamberger, als er noch national-liberal war? „Hunde sind wir ja doch.“

Der tragische Herr „Generalsekretär“, der den Sozialdemokraten in die Waden führt, weil sie nicht dem Putz zu Liebe Anarchisten sein wollen, heißt Jerusalem und hat trotz seines unchristlichen Namens die christliche Langmuth doch schon bei zwei Gelegenheiten so weit getrieben, daß er sich in einem Bittschreiben auf die linke Wade opefingerte und dann lautmotrig auch noch die rechte hinhielt, ohne zu muskeln.

Ein Piffikus, wie er im Buch steht, ist der famose Berliner Zeitungskorrespondent, welcher den „indirekten Weg“ zur Abschaffung des Sozialistengesetzes entdeckt und dadurch unseren Genossen und uns selbst manche heitere Stunde bereitet hat. Seine „geniale“ Idee läßt ihn noch heute nicht schlafen, und noch heut jammert er, daß sein „Plan“ keine Gnade vor den Augen der Sozialdemokraten gefunden hat, und bedauert — denn er ist ein gar gutmüthiger Mann — die armen Sozialdemokraten, die so dumm gewesen, sich nicht von ihm retten zu lassen. In einer seiner letzten Korrespondenzen in dem Konkrete Sonnemanns kommt er wieder auf den unglücklichen „Plan“ zu sprechen, und erzählt bei dieser Gelegenheit, wie ihm von einem „konservativen Mann“ (der sich natürlich „in den leitenden Kreisen“ bewegt) die Güte seines „Plans“ und die Richtigkeit seiner Rechnung bescheinigt worden sei: „Herr Bismarck sei allerdings entschlossen gewesen, für den Fall der Annahme der Windhorst'schen Wiedereinstellung des Sozialistengesetzes dem Reichstag vor die Füße zu werfen und nicht auszubilden. Leider passirt nun unserm Piffikus ein kleines Malheur. Er läßt nämlich seinen „konservativen Mann“ sagen, Herr Bismarck habe darauf gerechnet, daß der Reichstag dann sehr bald in der Stimmung sein würde, ein noch viel schärferes Gesetz anzunehmen. Und zwar warum? „Es wäre geschossen worden.“

Sehr schön. Ganz unsere Auffassung. Aber merkt denn nun der Frankfurter Zeitungs-Piffikus nicht, wie vollständig er die Aburdigkeit seines „Plans“ selbst nachgewiesen hat? Die entscheidenden Abstimmungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes fanden Ende März und Anfang April statt. Das Sozialistengesetz war damals noch in Kraft bis zum 30. September, also noch auf volle 6 Monate. Und „bald“ erwartete Bismarck die Annahme des Reichstags durch eine Schieberrei. Wie viel Tage — das fragen wir hiermit unsern Piffikus — wie viel Tage hätte Spring-Rahlow oder ein beliebiger seiner zahlreichen Doppeltgänger gebraucht, um seinen Schiebauftrag auszuführen? Wozu unser Piffikus nun endlich, wie wunderbar piffig er gewesen! Oder glaubt er, die Spring-Rahlow's hätten ihren Auftrag nicht ausgeführt? Für so naiv halten wir ihn doch nicht.

Zwei Andeutungen. Der Stadtrath von Grimnitzsch hat den Weber Anton Dohr aus Böhmen aus dem Königreich Sachsen ausgewiesen, weil derselbe einen — Freidenker-Verein gegründet hat. D' aufgefärrtes Jahrhundert, das einen solchen Verbrecher nicht gleich lebendig verbrennt!

Die heftige Regierung hat die aus Preußen gebürtige Frau Guillaume-Schad, die sich in Hessen angekauft hatte, um das heftige Staatsbürgerrecht zu erwerben, plötzlich ohne Angabe des Grundes aus dem Großherzogthum Hessen ausgewiesen. Kurz bevor diese Maßregel sie erreichte, hatte Frau Schad an einer Konferenz des britisch-kontinentalen Bundes zur Bekämpfung der gesetzlichen Prostitution theilgenommen. Sollte nicht hierin ihr Verbrechen liegen? Wo bliebe da Sittlichkeit und Ruhe in Deutschland, wenn die Prostitution nicht mehr gesetzlich „besitzt“ werden dürfte!

Allerhand Sozialreformatorisches aus Deutschland. Der „Arbeiterbezirksverein für den Osten Berlins“, in dem Ehren-Spring-Rahlow sein prosolatorisches Unwesen treibt, ist, da er solche Subjekte in seiner Mitte nicht dulden will, vollständig

geschlossen worden. Dasselbe Schicksal erlitten den Arbeiterbezirksverein „Unverzagt“ im fünften Berliner Reichstagswahlkreise. Ein polizeiwidriger Titel das „Unverzagt“!

Im Voraus verboten wurden eine Versammlung in Kchi in bei Bremen, in der Genosse Ham, eine Versammlung in Schwabing, in der Genosse Bollmar, eine Versammlung in Krefeld, in der der demokratische Schriftsteller Gille's referiren sollten, sowie eine Versammlung der Raurer in Berlin.

Aufgehört wurde eine Versammlung in G'rlitz, in der der Berliner sozialistische Stadtrath G'rlitz referirte.

Handlungen fanden statt in Hamburg bei verschiedenen Arbeitern, die einem verstorbenen Genossen das letzte Geleit gaben, in Flensburg beim Vorfinden und Schriftführer des Raurerfachvereins. Resultat hier wie dort: Besucht und nicht gefunden.

Druckschriftenverbot. Die Kriken und die Sozialreform, ein Vortrag von Dr. Bruno Schönlank.

Ausweisung. Der Baumeister Kessler ist als „bestraftes Subjekt“ auch aus Brandenburg und Braunschweig ausgewiesen. Er war nämlich vor 15 Jahren wegen eines geringfügigen Vergehens, das nicht einmal seine Entlassung aus dem Staatsdienste zur Folge hatte, zu einigen Tagen Haft verurtheilt worden. Somit erlischt die Wirkung solcher Strafen mit der Zeit, da Baumeister Kessler aber für die Arbeiterinteressen eintritt, so wächst sie. Deutschland, Deutschland über Alles!

Von Nah und Fern. In Pieschen bei Dresden sind 80 Arbeiter der Glasfabrik Siemens entlassen worden, weil sie sich der Anordnung, daß die wöchentliche Arbeitszeit schon Sonntags Abends 7 Uhr wieder anfangen sollte, nicht einverstanden erklärten. Die unerschämten Fäulnisse behaupteten, daß ihnen dadurch der ganze Sonntag verbrochen würde. Nun, und was schabete ihnen das? — In Ronneburg, Großherzogthum Altenburg, ist ein 50-jähriger, jugendlicher, in den Landtag gewählt worden. Grass. — Der russische „Nihilist“ Savine, der von der französischen Regierung auf Rußland ausgeliefert werden sollte, weil er angeblich an Brandstiftungen theilgenommen, ist auf dem Transport durch Deutschland bei Duisburg entwischt. Das wird Bärensch in nicht geringe Wuth versetzen.

Berichtigung. Aus Kiel schreibt man uns, daß der in Nr. 29 unserer Blätter veröffentlichte Artikel: „Graf Baudissin der Kolonialpolitiker“ entschieden auf einem Irrthum beruhen muß, da von den beiden in der Marine dienenden Baudissin's keiner eine geborene Gräfin Pappenheim zur Frau habe. Eine solche sei vielmehr die Frau des Grafen von Hauke, und dieser, ebenfalls ein höherer Marine-Offizier, habe allerdings seine langjährige Geliebte, die sogar einen Knaben von ihm hat, schände sitzen lassen.

Indem wir von dieser Berichtigung Notiz nehmen, bemerken wir, daß der in Rede stehende Artikel uns senerzeit von einer Seite zugegangen war, deren Zuverlässigkeit für uns außer Zweifel steht. Es handelt sich wahrscheinlich nur um eine Namensverwechslung, die aber insofern bereits bebauerlich genug wäre, als sie zu unbegründeten Angriffen Veranlassung gegeben.

Wir benutzen diese Gelegenheit, unsere werthen Korrespondenten und Mitarbeiter aufs Neue dringend zu ersuchen, sich in ihren Einblendungen an unser Blatt der größten Gewissenhaftigkeit zu befleißigen.

Gerade weil der „Sozialdemokrat“ die Stimme aller Unterdrückten sein soll, die Tribüne, wo alle Korruption und jeder Mißbrauch rüch-sichtlos gebrandmarkt wird, gerade deshalb müssen wir sorgfältig darüber wachen, daß die Gegner nicht in die Lage kommen, die Wucht unserer Angriffe dadurch einzufällen zu können, daß sie uns entgegenhalten: Da und da und da habt ihr gelogen.

Wir sind von hier aus nicht in der Lage, die Richtigkeit aller und zugehenden Korrespondenzen zu prüfen, sondern müssen sie auf Treue und Glauben hinnehmen. Dies und der weitere Umstand, daß wir unter allen Umständen mit Bezug auf die Einblendungen strengste Diskretion beobachten, legt diesen uns gegenüber die Verpflichtung auf, streng bei der Wahrheit zu bleiben und dem Parteiorgan die Schmach zu ersparen, mit gewissen Skandalblättern in Vergleich gezogen zu werden.

Korrespondenzen.

Gera. Am zweiten Pfingstfeiertag gegen Abend oblag den hiesigen Sozialisten die traurige Pflicht, einen ihrer bemühtesten Genossen, den Schankwirth Florenz Krause, zur letzten Ruhestätte zu geleiten. Seit 20 Jahren stand Krause treu zu unserer Sache, der er bei vielen Anlässen öffentlich und im Geheimen vorzügliche Dienste erwies. Dabei ertrug er sich nicht nur bei Genossen, sondern auch in der Bürgerschaft des besten Rufes. Leider vermachte eine frühere Körperkonstitution einem hitzigen Revolverschütze nicht Stand zu halten und so trat nach unbedeutendem Leiden der Tod ein. Die Beerdigung der Genossen bei der Beerdigung war trotz der unglücklichen Tageszeit eine allgemeine; nach gegnerischer Schätzung folgten dem Sarge gegen 1000 Männer und Frauen, die sich fast ausnahmslos demonstrativ mit rothen Hosen und andern Abzeichen geschmückt hatten, so die Feierlichkeit des Aktes erhöhend, welcher auf die Gemüther der in den Straßen harrenden Zuschauermenge einen tiefen Eindruck machte. Voran dem Zuge trugen Genossen ein weissebendes Kissen, auf dem ein Bouquet rother Rosen lag, und zwei Korbweiberlinge mit riesigem Umfange mit mächtigen rothen Schleifen. Die Polizei spielte dabei nur die Rolle der Zuschauer, sodas das Ganze einen ungehörigen Verlauf nehmen konnte.

Kurze Zeit vorher hatten wir eben so feierlich einen andern braven Genossen begraben; den Weber Carl Lange. Dieser hat, gleich dem vorigen, in allen Stürmen treu zur sozialdemokratischen Partei gehalten, bis ihn jene für die heutigen Zustände typische Seuche, die allen Lohn- und Arbeiter in Aussicht stehende Lungenschwindsucht, ergriff und zu jahrelangem Leiden verdammt. Aber trotzdem war Lange bei allen Parteimainfestationen einer der ersten und tüchtigsten, bis er, seiner letzten Kräfte beraubt, von qualvollem Leiden gebeugt und von bangen Sorgen um die Zukunft seiner Familie gemartert, dem Leben freiwillig Raubt sagte. Man fand ihn in seiner Wohnung erhängt vor. Lange war er als tüchtiger Sozialist von allen Genossen geschätzt, und als fleißiger Arbeiter unter seinen Kollegen hochgeachtet, während seine Ausbeute und deren Zuchtmeister, die ihr redlich Theil der Schuld an seinem frühzeitigen Tode tragen, es nicht wagten, diesem charakterfesten Protestanten die Achtung zu verweigern. Selbstverständlich wurden die Todten besonders dadurch geehrt, daß sie jeder einen Kranz mit rother Schleife im Namen der deutschen und einen eben solchen im Namen der hiesigen Parteigenossen mit ins Grab erhielten.

Bei beiden Begräbnissen spuckte aber leider auch der Geist des Moders in Gestalt eines Gefaltten des Herrn, als Folge einer weitverbreiteten Unsitte in der hiesigen Bevölkerung, die auf die Lehren eines Geistlichen nicht mehr gibt, wie auf einen Hies getretenen „Latschen“, sich aber von diesen Gedrängen nicht losmachen zu können scheint. Jene Kunden verließen es aber auch vorzüglich, sich bei den vor Trauer und Schmerz gebeugten Hinterbliebenen einzuschleichen. Der „alte Trautmann“, — der Leichenbitter kommt, die Schmerzverstärken zu trösten, nimmt ihnen für ein der Feierlichkeit des Ereignisses entsprechendes Trinkgeld die herzbrechende Arbeit der Bekanngabe des Falles und der Danksagung durch Annonce ab, so daß dem Anstehen, einen Geistlichen für die Beerdigung zu mieten, schon gar nicht mehr widersprochen werden kann. Man kann das den leittragenden Frauen und Kindern als Schwachheit entschuldigen — aber kaum glaublich will es klingen, daß Parteigenossen als Gesangsvereiner, meistens die sogenannten „guten“ Sängern, in die Todtenkapelle förmlich stürzen, um ein Kirchenglied, u. A. „Jesus meine Zuversicht“, vorzutragen. Unsere beiden Todten hätten es ihnen bei ihren Beiseiten mit Dohnlächen gelohnt. Wo bleibt da Prinzipientreue und Selbstvertrauen?

Dazu bildet diese Heuchelei eine prinzipielle Verleugung des todtten Genossen. Der fromme Singjüngel und ebenso der Kindtaufs- und Gwatterschaftsanwalt nimmt wieder einmal recht überhand, so daß ihn energisch entgegengetreten werden muß, wenn die gerade jetzt recht zahlreich in unseren Reihen vertretene jüngere Generation durch solche Beispielen nicht fortrampelt werden soll.

